

Premier Ben-Gurion alarmierte daraufhin seine amerikanischen Freunde und bat sie, bei Nasser vorstellig zu werden. Doch die Amerikaner, froh über die jüngste anti-kommunistische Wendung des Schaukelkünstlers Nasser, zeigten wenig Eifer, den Mann am Nil unnötig zu verärgern. Washington begnügte sich mit der Andeutung des ägyptischen Außenministers Fausi, israelische Ladungen dürften wieder passieren.

Israel nahm Kairo sofort beim Wort. David Ben-Gurion inszenierte Ende Mai ein diplomatisches Manöver, das in erster Linie bezweckte, Israel das Recht zur Benutzung des Kanals zu garantieren. Der skeptische Beurteiler ägyptischer Äußerungen legte jedoch sein Manöver so an, daß es im Falle eines neuen ägyptischen Boykotts

- ▷ die enge Verquickung arabischer Politik mit sowjetischen Weltmachtzielen demonstrieren und dadurch
- ▷ die Beziehungen zwischen Kairo und Washington erschüttern mußte.

Die Israelis trugen denn auch dafür Sorge, die amerikanischen Interessen in ihre Testaktion hineinzuziehen. Zum Demonstrationsschiff für die Freiheit des Suez-Kanals erkor sich die Jerusalemer Regierung den dänischen Frachter „Inge Toft“, dessen Schwesterschiff „Birgit Toft“ schon einmal die Durchfahrt mit israelischer Ladung gelungen war. Aus optischen Gründen ließen die Israelis die „Inge Toft“ von einer amerikanischen Firma chartern: der in New York ansässigen „United Mediterranean Agency“, die allerdings von der israelischen Schiffahrtsgesellschaft Zim kontrolliert wird.

Die Israelis wählten für ihre Aktion zudem einen nutzbringenden Augenblick aus: Zur selben Stunde, da Ägypten mit dem amerikanischen

Weltbankpräsidenten Black über Kredite für die Erweiterung des Suez-Kanals verhandelte und mithin zu besonderer Zurückhaltung verpflichtet zu sein schien, rüstete Israels Regierung die amerikanisch-dänische „Inge Toft“ für ihren Vorstoß in den Kanal Nassers aus. Während 5000 Tonnen Zement und Kali im Bauch des Frachters verschwanden, wurde ein Heer von Reportern aufgeboten, das Interesse der Öffentlichkeit für das jüdische Vorpostenboot wachzuhalten.

Dann legte der Frachter vom Kai in Haifa ab und stampfte der neuen Krise entgegen. Gespannt verfolgten die Israelis den Weg des Schiffes. Radio Israel gab stündlich den Standort der „Inge Toft“ bekannt und berechnete die Meilen, die das Schiff noch bis zu dem ägyptischen Hafen zurücklegen mußte. Am Pier von Port Said aber standen schon die Zöllner Gamal Abd el-Nassers, bereit, die israelische Ladung zu beschlagnahmen.

Die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik ließ am 21. Mai die „Inge Toft“, da der Kapitän die Auslieferung der israelischen Ladung verweigerte, im Hafen von Port Said festhalten, und die amerikanische Botschaft mußte notgedrungen einen Protestschrift bei Nasser vorbereiten. „Israels Vorgehen droht mit einem Schlag die so sorgfältig genährten und verbesserten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Vereinigten Arabischen Republik zu zerstören“, kabela der Kairoer Korrespondent der „New York Herald Tribune“ seiner Heimatredaktion.

Indes, die weltweite Empörung über „Nassers Piratenstück“ (so ein Sprecher der israelischen Regierung) blieb aus. Die Kreditverhandlungen zwischen Kairo und der Weltbank wurden keineswegs gestört. Im Gegenteil — die amerikanische Diplomatie verstärkte ihre Bemühungen, Ben-Gurion von weiteren Manövern gegen Kairo abzubringen.

Vor allem versuchten die US-Diplomaten, dem hartnäckigen Regierungschef Israels die Idee auszureden, mit der Frage der



Terror-Akt* im Morgengrauen: Weder Aufstand noch Krieg?

Benutzung des Suez-Kanals vor den Sicherheitsrat der Uno zu gehen. Denn genau dies ist die Chance, auf die Sowjetpremier Chruschtschew wartet: Die Sowjets könnten durch ein Veto im Sicherheitsrat die Erörterung des für Nasser so peinlichen Problems verhindern und damit vor aller Welt die unerschütterliche Freundschaft zwischen Arabern und Russen demonstrieren.

Den Amerikanern ist aber auch bekannt, daß Ben-Gurion auf eine Uno-Debatte nur dann verzichtet, wenn Nasser zu einem Kompromiß bereit ist, und sei er noch so fadenscheinig. Amerikanische Uno-Diplomaten wollen denn auch schon wissen, daß Dag Hammarskjöld einen Vorschlag bereit hält, der es David Ben-Gurion erlauben wird, bei den bevorstehenden Parlamentswahlen in Israel als bester Verfechter jüdischer Interessen aufzutreten.

FRANKREICH

ALGERIEN-KRIEG

Findet nicht statt

Am 25. August 1958, morgens 2.30 Uhr, rissen Bombenexplosionen und Pistolenschüsse Frankreichs Bürger aus dem Schlaf. In dem Mittelmeerhafen Marseille sowie in über zwanzig anderen Orten standen riesige Öllager in Flammen. Gleichzeitig wurden Polizeistationen, Munitionsdepots und Rüstungsfabriken angegriffen. Es gab Tote und Verwundete. Die algerischen Rebellen hatten ihre Drohung wahr gemacht und den seit vier Jahren in Nordafrika schwelenden Krieg mit einer Welle sorgfältig vorbereiteter Sabotage-Akte in das französische Mutterland getragen.

Mit den Ereignissen jener Nacht hatte sich jüngst das Handelsgericht von Narbonne zu beschäftigen; denn damals brannten auch die Tanks der Petroleum-Gesellschaft „Purfin“ im benachbarten Port-La-Nouvelle. Sie enthielten über drei Millionen Liter Treibstoff, die durch den Sabotage-Akt der algerischen FLN (Nationale Befreiungsfront) vernichtet wurden.

Der in Port-La-Nouvelle entstandene Schaden wurde später mit 130 284 120 Franc (etwa 1,1 Millionen Mark) beziffert, doch 34 Versicherungsgesellschaften weigerten sich, ihn zu ersetzen. Was die Direktoren der Purfin eine „gewöhnliche Brandstiftung“ nannten, war für die Versicherungen eine Kriegshandlung, die sie von allen Leistungen entband.

Die Handelsrichter von Narbonne standen damit vor einer kniffligen Aufgabe. Sie sollten eine Entscheidung fällen, die Frankreichs höchste politische Instanzen bisher vorsichtig umgangen hatten: Ist der Kampf der algerischen FLN — juristisch gesehen — ein Krieg oder nicht?

Ihr salomonischer Spruch lautete: „Es ist nicht möglich, davon zu sprechen, daß ein solcher Tatbestand (Krieg oder Bürgerkrieg) zur Zeit des Anschlags in Port-La-Nouvelle oder der Umgebung erfüllt gewesen sei.“

Einer Beurteilung der Ereignisse in Algerien war das Provinz-Gericht damit behutsam ausgewichen. Für das offizielle Frankreich fihdet in Nordafrika — weil „nicht sein kann, was nicht sein darf“ — seit fünf Jahren kein Krieg, sondern eine Revolte statt. Zwar bindet diese „Revolte“ eine französische Armee von 500 000 Mann und hat die algerischen Rebellen bisher etwa 50 000 Tote gekostet, doch sind diese Ziffern für Frankreichs Regierung ebenso wenig entscheidend wie die Tatsache, daß die Truppen der FLN uniformiert auftraten.

Die juristische Formel von der Revolte würde die französische Regierung vermutlich erst dann aufgeben, wenn es ihr gelänge, ihre Verbündeten davon zu überzeugen, daß in Algerien ein kommunistisch dirigierter „Angriff von außen“ im Gange ist. Damit wäre für die Nato der „Verteidigungsfall“ — also die Notwendigkeit militärischer Unterstützung Frankreichs — gegeben, weil die nordafrikanischen Departements, staatsrechtlich ein Teil des Mutterlandes, zu den in die Allianz einbezogenen Gebieten gehören.

Während die französische Umgangssprache längst den „Krieg in Algerien“ kennt — auch den Narbonner Handelsrichtern ist diese Vokabel in ihre Urteilsbegründung geraten —, nimmt die Regierung mancherlei Ungemach in Kauf, um eine Sprachregelung aufrechtzuerhalten,

* Brennende Öltanks in Port-La-Nouvelle am 25. August 1958.

die mit der Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmt. Sie stiftet zwar eine Militär-Medaille für ihre Algerien-Kämpfer, erklärt jedoch, diese Auszeichnung werde für die „Befriedung“ verliehen. Sie sichert durch den Mund ihres Ministers Triboulet den (Militär- und Zivil-)„Opfern des Terrorismus“, zu denen auch die Geschädigten algerischer Attentate im französischen Mutterland gehören, staatliche Hilfe zu, vermeidet aber, sie formell als Kriegsoffer zu bezeichnen.

Dieses juristische Zwielficht ließ die von Purfina verklagten Versicherungsgesellschaften hoffen, sie würden in Narbonne leichtes Spiel haben, zumal sie sich prominente Anwälte zur Verteidigung ihres Geldes bestellt hatten. Die Pariser Advokaten Jacques Isorni und René Floriot kramten ein Gesetz vom 13. Juli 1930 hervor, wonach ein auswärtiger Krieg, ein Bürgerkrieg, Aufstände sowie „Volksbewegungen“ den Versicherungsfall ausschließen.

Verkündeten die Anwälte vor Gericht: „Das Gesetz ist klar. Es gibt kein Rechtsproblem... Niemand kann daran zweifeln, daß diese Sabotage-Akte ein Teil des algerischen Krieges sind.“

Dennoch kamen die biedereren Provinz-Richter von Narbonne nach vier Verhandlungswochen zu dem Schluß, daß die 34 Versicherungsgesellschaften jene 130 Millionen Franc Schadenersatz nebst Zinsen an Purfina zahlen müssen.

Sie erklärten Anfang vergangener Woche: „Der Terror-Akt gegen das Treibstofflager der Purfina in Port-La-Nouvelle wurde nur von zwei Individuen unternommen und unterscheidet sich von Kriegshandlungen und Aufständen dadurch, daß die Tat heimlich durch eine Bewegung hervorgerufen wurde, die örtlich nicht Herr der Lage war und deren Mitglieder für sich allein gehandelt haben, um danach sofort wieder in den Untergrund zu verschwinden.“

Wenige Wochen zuvor hatten sich 18 FLN-Mitglieder vor dem Militärgericht in Marseille wegen ihrer Anschläge auf die südfranzösischen Treibstoff-Lager im August vergangenen Jahres zu verantworten. Ihr Anführer Mesian sagte stolz: „Ich beanspruche die Verantwortung für diese Sabotage-Akte. Ich betrachte mich als Soldat und als Kriegsgefangener.“

Die Handelsrichter von Narbonne belehrten dagegen die Versicherungsgesellschaften, jene Terror-Akte der FLN seien weder ein Aufstand noch eine Volksbewegung oder gar ein Bürgerkrieg. „Der Aufstand setzt eine Massenbewegung mit (dem Ziel) einer Revolte gegen die bestehende Ordnung voraus“, diolzierten sie. „Davon kann im vorliegenden Fall keine Rede sein.“

Die Handhabe für ihre Berufung mag das Gericht den Anwälten der Versicherungsgesellschaften jedoch mit einem anderen Satz geliefert haben, in dem es heißt: „Die Versicherer haben, obwohl sie hierauf besonders abzielten, keine hinreichenden Beweise dafür erbracht, daß der Anschlag von einer Volksbewegung ausging.“ Nach dem Gesetz von 1930 sind Volksbewegungen „durch illegale Handlungen gekennzeichnet“.

Den findigen Advokaten Isorni und Floriot bleibt es nun überlassen, in der Berufungsverhandlung die FLN als Volksbewegung abzumalen, die auf beiden Ufern des Mittelmeeres ihre militanten Anhänger hat. Gelingt ihnen das, so werden die Richter glauben müssen, daß es dem FLN-Untergrundkämpfer Mesian in Port-La-Nouvelle nicht darum ging, allein die Purfina zu treffen, sondern den französischen Staat, der den Algeriern die Unabhängigkeit verweigert.

ENGLAND

MARGARET

Verklebte Fenster

Mit einer Mammutmesse in Lissabon und einem pompösen Aufgebot von Gardesoldaten, Flotteneinheiten, einer Prinzessin und historischen Erinnerungen hat jüngst die britische Wirtschaft versucht, ihrem westdeutschen Konkurrenten den portugiesischen Markt abzuholen. Dem Übereifer der britischen Botschaft in Lissabon ist allerdings zuzuschreiben, daß dieser Versuch bisher nur geringen Erfolg hatte.

Die jahrhundertealte Kontrolle über den portugiesischen Markt hat die Londoner City verloren, seit es den Sendboten des deutschen Wirtschaftswunders gelungen ist, die Briten von der ersten Stelle im por-



Prinzessin Margaret, Begleiter* in Lissabon
In einem eroberten Land?

tugiesischen Außenhandel zu verdrängen. Schon 1955 galt die Bundesrepublik als der größte Lieferant Portugals. Die Deutsche Industrie-Ausstellung in Lissabon im Frühjahr 1956 machte vollends deutlich, daß die britischen Exporteure ins Hintertreffen zu geraten drohten.

„Die westdeutsche Industrierausstellung“, schrieb die Londoner „Times“ etwas säuerlich, „unterstreicht nur, wie der deutsche Vorstoß auf dem portugiesischen Markt dem britischen Handel zum Schaden gereicht.“

Die Bundesmesse erschien dem britischen Blatt besonders beklagenswert angesichts der Tatsache, „daß Versuche, eine britische Handelsmesse zustande zu bringen, mangels finanzieller Mittel gescheitert sind“.

Erst drei Jahre später hatte die britische Wirtschaft genügend Geld beisammen, um ebenfalls in Lissabon eine Industriemesse zu eröffnen. Als „Haupt-

* Pater José Alver, Superior des Klosters Jeronimos.

ziel“ der Ausstellung gab die „Times“ im Mai dieses Jahres an, die Messe solle „Großbritannien seinen traditionellen Platz als wichtigster Lieferant Portugals zurückgewinnen“.

Die „British Industries Fair“ sollte nicht nur mit doppelt so vielen Firmen aufwarten wie das deutsche Konkurrenz-Unternehmen von 1956. Noch größere Durchschlagskraft erwarteten sich die Gentlemen der Messe von einigen Demonstrationen, die auf breite Massenwirkung berechnet waren. Auf dem Festprogramm standen nämlich

- ▷ ein Besuch der publicity-wirksamen Prinzessin Margaret,
- ▷ die Entsendung eines Geschwaders der britischen Home Fleet sowie
- ▷ eine gemeinsame Parade der Guarda Nacional Republicana und einiger Einheiten britischer Regimenter, die in den iberischen Freiheitskriegen gegen Napoleon gekämpft hatten.

Was indes als Krönung der Industriemesse gedacht war — der Besuch der königlichen Prinzessin Margaret —, erwies sich als ein arger Fehlschlag. Kaum war bekanntgeworden, die Prinzessin werde nach Portugal reisen, da warnte ein Kreis portugiesischer Emigranten, es sei ungeschicklich, die Prinzessin einer demokratischen Monarchie ins faschistische Portugal fahren zu lassen, zu einer Industriemesse, „die schon heute jedermann in Lissabon einen britischen Zirkus nennt“.

Als schließlich die Prinzessin am 6. Juni — acht Tage nach der Messe-Eröffnung — auf dem Flugplatz von Lissabon aus einer silbergrauen Heron-Maschine stöckelte, wäre sie beinahe von ihren portugiesischen Fans erdrückt worden. Die leidenschaftlichen Südländer umjubelten ihre Heroin derart handgreiflich, daß die Britin Mühe hatte, ihren rosaroten Strohhut und ihren schwarzgestreiften Seidenmäntel vor fremdem Zugriff zu retten.

Indigniert über eine derart undezente Reverenz vor der britischen Hoheit, beschloß Großbritanniens Botschafter Sir Charles Stirling, den Portugiesen eine Lektion zu erteilen. Sir Charles ließ sich Portugals Polizeichef José Passo kommen und bat, die Prinzessin vor jeder weiteren unliebsamen Berührung mit ihren Verehrern zu bewahren. Die Schergen des Passo befolgten den Rat mit totalitärer Gründlichkeit: Wo immer sich der Gast aus England sehen ließ, säuberten die Polizisten zuvor die Straßen und vertrieben die Menschen von Balkonen und Dächern. In einigen Fällen verklebten sie sogar die Fenster mit Zeitungspapier.

Als Margaret das Gelände der Industrierausstellung unweit des Belem-Tors am nördlichen Ufer des Tejo besuchte, durfte kein Portugiese ihrer ansichtig werden. Ebenso ließ Sir Charles Stirling sämtliche portugiesischen Journalisten von dem britischen Schiff verbannen, auf dem Prinzessin Margaret einen Empfang gab.

„Die Portugiesen dürfen wohl nur mit britischer Genehmigung den Tejo befahren“, emporste sich Lissabons zweitgrößte Zeitung, „O Século“, während ein anderes Blatt die Margaret-Party ein Bankett nannte, „das Briten für Briten in einem eroberten Land gegeben haben“.

Nicht einmal die farbigen Militärparaden in Lissabon vermochten den Fehlschlag der Margaret-Mission wettzumachen. Den Schaden wird die britische Wirtschaft bezahlen müssen. Spottete das amerikanische Nachrichten-Magazin „Time“ nach der Beendigung der Briten-Messe in der vorvergangenen Woche: „Die Westdeutschen haben zwar keine Monarchie, aber sie wollen 1961 wieder eine Industriemesse eröffnen.“